

Liestal, 22. April 2016  
**Medienmitteilung**

## **FDP.Die Liberalen Baselland fasst die Parolen für die kantonalen Vorlagen, die am 5. Juni 2016 zur Abstimmung gelangen**

Parteitag empfiehlt 5x Ja und 1x Nein

Die FDP Baselland hat an ihrem gestrigen Parteitag in Liestal die Abstimmungsparolen für die sechs kantonalen Vorlagen, die am 5. Juni 2016 zur Abstimmung gelangen, gefasst. Die Delegierten beschlossen die Ja-Parole zur Änderung des Bildungsgesetzes sowie zur Pensionskassengesetz-Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel und zur formulierten Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung». Die Nein-Parole wurde zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte gefasst.

Insgesamt wird am 5. Juni 2016 über elf, davon fünf eidgenössische, Vorlagen abgestimmt. Aufgrund der grossen Anzahl an Vorlagen hat die Parteileitung entschieden, nur kantonale Parolen zu fassen und sich bei den eidgenössischen Vorlagen an den Parolen der FDP Schweiz zu orientieren: Ja zur Asylgesetzrevision, Ja zur Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes, Nein zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, Nein zur Initiative «Pro Service Public» und Nein zur Milchkuhinitiative.

Die Delegierten der FDP Baselland haben am Donnerstagabend im Landratssaal in Liestal die Parolen für die Abstimmung vom 5. Juni 2016 gefasst. Zuvor überbrachte die neu gewählte Präsidentin der FDP Schweiz, Nationalrätin Petra Gössi, ein Grusswort.

Regierungsrätin Monica Gschwind stellte den Delegierten die Vorlage zur Änderung des Bildungsgesetzes «**Einführung Lehrplan 21**» vor. Landrat Paul Hofer plädierte im Namen der FDP-Fraktion für ein überzeugtes Ja zur Vorlage. Er argumentierte, dass derart fundamentale Entscheidungen wie der Lehrplan, der den öffentlichen Bildungsauftrag für die Volksschule des Kantons konkretisiert, vom Landrat genehmigt werden müsse. Dies würde den Lehrplan auch breiter abstützen und legitimieren. Die Delegierten fassten schliesslich mit 56 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung die **Ja-Parole**.

Die Bildungsvorlage zur Änderung des Bildungsgesetzes «**Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer**» wurde ebenfalls von Regierungsrätin Monica Gschwind präsentiert. Landrat Paul Hofer trat im Namen der FDP-Fraktion für ein dezidiertes Ja zur Vorlage ein. Mit der Einführung von Fächerverbänden an der Sekundarschule würde auch eine Verringerung der Bildungsqualität einhergehen. Ausserdem würden durch Nachqualifikationen bzw. Weiterbildungen der Lehrpersonen Mehrkosten entstehen. Dies müsse verhindert werden. Auch die Delegierten sahen dies so und fassten mit 58 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen die **Ja-Parole**.

Auch die dritte Vorlage zum Thema Bildung – Änderung des Bildungsgesetzes aufgrund der nichtformulierten Volksinitiative «**Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere**» – wurde den Delegierten von Regierungsrätin Monica Gschwind vorgestellt. Landrat Heinz Lerf machte sich in seinen Ausführungen stark für ein beherztes Ja zur Vorlage. Die Delegierten vertraten ebenfalls die Meinung, dass die Brückenangebote als eigenständige Schulart ins Bildungsgesetz aufgenommen werden sollten. Sie fassten mit grosser Mehrheit und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung die **Ja-Parole**.

Landrat Marc Schinzel referierte über die **Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte** und empfahl den Delegierten, die Vorlage abzulehnen. Dies insbesondere aus folgenden Gründen: Die Änderung würde zu einer Beeinträchtigung der Qualität der Rechtsprechung führen, die nebenamtliche

Richtertätigkeit würde unattraktiver und vor allem würde der Ruf nach dem Berufsrichtertum lauter. Es handle sich hierbei um eine Misstrauensvorlage, die klar abzulehnen sei. Seine Argumente vermochten die Delegierten zu überzeugen und so fassten sie mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung die **Nein-Parole**.

Landrat Balz Stückelberger stellte das partnerschaftliche Geschäft betreffend Umsetzung der **Pensionskassengesetz-Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel** in der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt vor. Er argumentierte, dass der Kanton Basel-Landschaft in dieser Frage seine partnerschaftliche Verantwortung für die Universität Basel wahrnehmen müsse. Wenn man den Leistungsauftrag der Universität nicht gefährden möchte, müsse man diese Vorlage unterstützen. Auch die Delegierten waren dieser Meinung und fassten mit 60 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen die **Ja-Parole**.

Landrätin Saskia Schenker präsentierte die **formulierte Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»**. Sie sprach sich ganz klar für die von der FDP, Vertretern der EVP/CVP und Vertretern der SVP lancierte Initiative aus. Dies sei nun die letzte Chance, die volle Wahlfreiheit der Erziehungsberechtigten einzuführen bei gleichzeitiger Wahrung der Gemeindeautonomie. Die Initiative ermögliche die bessere Vereinbarung von Beruf und Familie. Sollte die Verfassungsinitiative abgelehnt werden, würde das FEB-Gesetz in Kraft treten und die Erziehungsberechtigten wären künftig weiterhin davon abhängig, welche Lösung ihre Wohngemeinde bietet. Auch die Delegierten sahen dies so und fassten mit 63 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen die **Ja-Parole**.

---

**Kontakt:** Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20